

## Gefahren

Um es einmal in Ökonomendeutsch auszudrücken: Benchmarking ist eine prima Sache. Wenn also der Landkreis eine der landesweit niedrigsten Kreisumlagen hat, kann man sich mit diesem Wert gut präsentieren. Der Haushaltsbeschluss, es bei der unveränderten prozentualen Höhe der Umlage zu belassen, ist vor allem auch aus Sicht der Bürgermeister im Kreistag gut. Je weniger sie aus ihrer Steuerkraftsumme dem Kreis geben, desto mehr bleibt für die eigene Gemeinde.

Doch könnte das Pendel schnell umschlagen – die Haushaltsredner im Kreistag haben unterschiedlich nachdrücklich davor gewarnt. Die Schuldenentwicklung ist nicht unbedenklich, die Eigenfinanzierungskraft des Kreises überschaubar. Die geplanten

## Angemerkt

Investitionen der kommenden Jahre sind hingegen erheblich. Der Rückgang der Steuerkraftsumme ist nach den fetten Jahren zu befürchten – und dann ist die Benchmark dahin, weil die Kreisumlage in absoluter Höhe nur bei deutlicher Erhöhung ihres Prozentsatzes zu halten sein wird. Hinzu kommen Unwägbarkeiten: Wie entwickelt sich der Finanzierungsbedarf der Kliniken tatsächlich? Wie entwickelt sich der Bedarf der Jugend- und der Eingliederungshilfe? Und was ist mit dem Finanzbedarf des öffentlichen Nahverkehrs?

Mit einem Punkt Erhöhung der Kreisumlage wäre 2013 wohl den wenigsten wehgetan gewesen. Dies umso mehr, als die zu befürchtenden Erhöhungen kommender Jahre schmerzlicher genug sein werden. Matthias Kuld

## Kreistag gegen Kfz-Schild „BR“

Weingarten/Bruchsal (madl). Abgelehnt – der Kreistag schließt sich nicht dem Wunsch des Bruchsaler Gemeinderates nach Wiedereinführung des alten Kfz-Kennzeichens „BR“ an. Für eine mögliche Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums spielt dieser bei nur wenigen Gegenstimmen gefasste Beschluss indes keine Rolle. Bei der Kreistagsitzung in Weingarten erklärten Bruchsaler Kreisräte das Wider und das Für. Günter Brüstle (CDU) sagte, dass „BR“ nach 40 Jahren Landkreis nicht mehr in die Zeit passe. Karl Mangei (SPD) sprach dagegen von einer Marketing-Chance für Bruchsal und von der Möglichkeit, den Autofahrer, das Kennzeichen selbst wählen zu lassen.



HAUPTTHEMA HAUSHALT: In Weingarten hat der Kreistag das Zahlenwerk für 2013 verabschiedet. Weiteres Thema der Sitzung war auch die mögliche Wiedereinführung des Altkenzeichens BR. Fotos: Aläbisio

# „Bauchschmerz wird zur Kolik“

## Steigende Kosten im öffentlichen Nahverkehr Thema im Kreistag

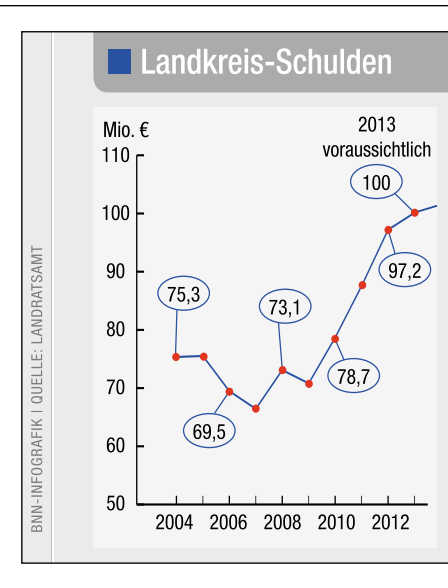
Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

Weingarten. Die Finanzlage des öffentlichen Nahverkehrs in der Region war gestern ein zentrales Thema in den

Fraktionsreden bei der Haushaltsverabschiedung durch den Kreistag des Landkreises Karlsruhe in Weingarten. „Aus Bauchschmerzen werden Koliken“, sagte Markus Rupp, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Beim ÖPNV steigt – das war so

weit bekannt – das vom Landkreis und den Kommunen zu erstattende Defizit von acht Millionen Euro im Jahr 2012 auf 14 im laufenden Jahr. Doch scheinen absehbar Beträge „von weit über 20 Millionen“ fällig zu sein. „Kein Pappentstiel“, meinte dazu CDU-Fraktionschef Josef Offe. Für Günther Johs, Freie Wähler, rückt die AVG angesichts unklarer Angaben bezüglich ihrer Betriebskosten in die Nähe der Deutschen Bahn und zu „Stuttgart 21“.

Landrat Christoph Schnaudigel nennt die erkennbare Situation „bedrohlich“. Man müsse jetzt genau prüfen, wo die Ursachen der Steigerung lägen. Ein Grund sei die Beschaffung neuer Straßenbahnfahrzeuge über die AVG. Hinzu komme, dass die jüngste Tarifierhöhung zwar sechs Millionen Euro Mehreinnahmen erwarten lasse – deutlich zu wenig indes, um die entstandenen Mehrkosten aufzufangen. Mit Blick auf die kommenden Jahre und auch weiterhin anstehende Investitionen, meinte Landrat Schnaudigel, müsse die Politik genau überlegen, wie viel von den Kosten an den Kunden weitergegeben werden könne und wie viel die öffentliche Hand tragen müsse.



## Wie viele Schulden sind möglich?

Einfache Frage – komplexe Antwort. Zunächst: Der Kreis Karlsruhe hat einen Schuldenbuckel. Ursache sind vielfältige Investitionen, die auch zu einem Vermögensaufbau geführt haben. Die Rechtsaufsicht hatte damit bislang kein Problem, zumal ein Teil der Investitionen aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden konnte.

Die Verschuldung wird nicht wegen einer Zahl kritisch, sondern dann, wenn sie die Leistungskraft des Landkreises übersteigt. Mit den Investitionen steigt die Kreditobergrenze – freilich nur so weit, wie der Kapitaldienst geleistet werden kann. madl

# Der Bund wird zur Mitfinanzierung aufgefordert

## Reden der Fraktionen zum Haushalt beschäftigen sich auch mit Schuldenstand und Investitionen des Kreises

Weingarten (leja). Schuldenstand, ÖPNV, Sozialetat, Bildung und Investitionen – viele Themen beackerten die Fraktionsredner in ihren Haushaltsreden während der gestrigen Kreistagsitzung in Weingarten. Hier Auszüge aus den Stellungnahmen:

„Das Haushalts-Gesamtvolumen steigt und das Investitionsvolumen sinkt“, sagte Josef Offe (CDU) mit Blick auf das Zahlenwerk. Vor allem die „stark steigenden Transferleistungen“ im Sozialbereich seien dafür verantwortlich. Insgesamt sei der Haushalt „absolut auf Kante genäht“. Finanziell flexibel bleibe der Landkreis auch dank seiner Planung, das Ettlinger Bildungszentrum mit Sanierung und Teilneubau auf Vordermann zu bringen. „Sie ermöglicht uns, noch während der Baumaßnahme auf neue Entwicklungen in der Schul- und Bildungspolitik zu reagieren.“ Bedenken äußerte Offe wegen der Gemeinschaftsschule und der fortschreitenden Inklusion. Was diese Entwicklungen für das berufliche Schulsystem bedeuten, sei noch nicht abzusehen. Schlüsselige Konzepte fehlten. Auch der steigende Zuschuss für den ÖPNV von acht auf 14 Millionen mache „erhebliche Sorgen“. Daher müsse die Finanzierungssystematik von KVV/AVG auf den Prüfstand gestellt werden. Weiteres Anliegen der CDU-Fraktion: Wie bei der Grundsicherung im Alter, die künftig vollständig vom Bund übernommen wird, müsse sich der Landkreis – wie auch vom Landkreistag gefordert –



Josef Offe

für die Übernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund einsetze.

Mit dem steigenden Sozialetat setzte sich auch Markus Rupp (SPD) auseinander. Er sieht ebenfalls eine „Mitfinanzierung des Bundes bei der Eingliederungshilfe“ für zwingend an. Mit Blick auf die beiden Kliniken und deren Umstrukturierungen betonte Rupp, dass die Bürger des Landkreises in dessen Jubiläumjahr stolz darauf sein könnten, dass „wir als Landkreis

Gesundheitspolitik als strukturpolitische und nicht allein wirtschaftliche Aufgabe betrachten.“ Kritisch äußerte er sich über die Betriebskosten im ÖPNV, die „davon zu galoppieren scheinen“. Dazu komme, dass das Image von KVV/AVG durch Verspätungen, Ausfälle und nicht mehr stimmende Übergänge von einer Bahn zur nächsten angeschlagen sei. Man vermisste zudem „Transparenz in den Finanzbeziehungen des Verbundes“. Rupp sprach sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, eine Buslinie im nördlichen Landkreis (Waghäusel, Philippsburg) zum Bahnhof Kronau einzurichten. Sie solle als Ersatz für die ausgefallene S-2-Verlängerung dienen.

„Es ist leider immer noch so, dass wir unsere Investitionen nicht mit Reserven bestreiten können“, sagte Günther Johs (Freie Wähler) zum Haus-



Günther Johs

haltplan. Als „größten Unsicherheitsfaktor“ nannte er den Sozialetat, der durch steigende Fallzahlen weiter belastet werde. Auch die wachsende Zahl von Asylbewerbern vereinfache die Situation nicht. Das vergangene Jahr fasste er für den Kreis in der Außenwirkung mit „Krankenhaus-Entwicklung“ zusammen. Rund zehn Euro pro Kreiseinwohner – so viel koste die wohnortnahe Grund- und Regelversorgung jährlich

(4,25 Millionen Euro). Besorgt äußerte er sich über die Neustrukturierung der Notfallpraxen im Landkreis. Johs bat im Namen seiner Fraktion die Kreisverwaltung, „alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die drohende Verlagerung zu verhindern.“ Für Kopfschütteln habe in seiner Fraktion auch die Entwicklung im ÖPNV gesorgt, so Johs weiter. So gebe es keine eindeutigen Angaben zu den Betriebskosten, die für 2011 zwischen sieben und elf Millionen liegen soll. Eine solche Ergebnispanne sei nur schwer nachvollziehbar und beunruhigend.

Kritisch äußerte sich Artur Herb (Grüne) zum geplanten Neubau der Kreisstraße 3575 bei Bad Schönborn. „Wir haben nie begriffen, weshalb der Landkreis eine Umgehung für eine Bundesstraße baut“. Schwachpunkte des Projekts seien unter anderem der erhebliche landschaftliche Ein-



Artur Herb

griff und die Nähe zu einem Langenbrückener Wohngebiet. Auch nicht nachvollziehbar sei, dass der Bruchsaler Gemeinderat die Verlängerung des Bahnsteigs am Gewerblichen Bildungszentrum abgelehnt habe. Seine Fraktion begrüße, so Herb weiter, die schrittweise Sanierung am Beruflichen Bildungszentrum Ettlingen. Jedoch sei es nicht sinnvoll, dass dort drei Rektoren eingesetzt seien. Zudem beantragte er für seine Fraktion, dass der Kreis für die nächsten

Jahre ein Schuldenobergrenze von 100 Millionen Euro einhalte und keine Nettoverschuldung erziele. Für „Rückstellungen und einen Aufbau von Liquiditätsreserven“ plädierte Armin Rupalla (FDP), vor allem wegen der anstehenden Investitionen, etwa für die Kliniken und beruflichen Schulen. Die 100-Millionen-Euro-Grenze dürfe bei der Verschuldung nicht überschritten werden. Zudem sprach er sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, dass die Kreisverwaltung weiter interne Arbeitsprozesse hinterfragen müsse. Dabei gehe es nicht um einen „Personalabbau, sondern um einen bedarfsgerechten, effizienten Personaleinsatz“. Wie seine Vorredner auch, sprach sich Rupalla für eine „Überprüfung und Neubewertung der aktuellen finanziellen Verpflichtungen“, vor allem beim schienengebundenen ÖPNV aus. „Dies ist eine tickende Finanzzeitbombe“, so sein Fazit.

Auch Michael Belzner von den Republikanern äußerte sich zum Haushalt.



Armin Rupalla

## Haushalt in Schlagwörtern

Nicht selbsterklärend sind Begriffe der Finanzsprache, daher ein Überblick:

### Ergebnishaushalt

Ist der eine Teil des doppischen Haushaltsplans (Doppik = doppelte Buchführung in Konten). Er ist Plan für den jährlichen Betrieb, die Gewinn- und Verlustrechnung. Die getrennt ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen entsprechen dem zahlungs- und nicht dem zahlungswirksamen Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen. Er bildet den Ressourcenverbrauch ab.

### Finanzhaushalt

Im anderen Teil des Haushaltsplans werden geplante Ein- und Auszahlungen getrennt nach Zahlungsarten ausgewiesen. In der Betriebswirtschaft wäre dies der Cashflow.

### Kreisumlage

Sie wird vom Kreis bei den Städten und Gemeinden erhoben, um seine Aufgaben zu finanzieren. Bemessungsgrundlage ist die gesamte Steuerkraft der Gemeinden des Vorjahres – für 2013 also 2011. Der Umlagesatz wird jährlich neu festgelegt.

### Schlüsseluweisungen

Es handelt sich um zweckgebundene Zuweisungen des Landes an Gemeinden und Kreis zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs – die Höhe ist geregelt im Finanzausgleichsgesetz. Ein Kriterium ist die Steuerkraft, ein Ziel der Ausgleich der unterschiedlichen finanziellen Leistungskraft der Kommunen. madl

Kreis Karlsruhe Haushalt 2013			
Haushaltswolumen	2013	2012	2011
Finanzhaushalt	23,9	28,7	25,3
Ergebnishaushalt	300,3	284,8	280,5
<b>Einnahmen</b>			
Kreisumlage	120,1	112,7	116,2
Gebühren und Entgelte	9,4	9,3	9,7
Schlüsseluweisungen	54,1	46,0	35,9
Neuverschuldung	2,9	9,7	8,9
<b>Ausgaben</b>			
Personal	66,6	63,4	62,4
Soziales	148,1	140,9	137,7
Zinsen	4,2	4,3	3,5
alle Angaben in Millionen Euro			
2011: Rechnungsabschluss 2012: Planzahlen			
Schuldenstand	100,0	97,2	87,5
Kreisumlage Hebesatz	27,5	27,5	27,5
Mitarbeiterzahl	1 706	1 692	1 706
inklusive Kliniken	3 083	3 097	3 146

## Dauerthema Kreisumlage

Weingarten. Keine Haushaltsverabschiedung ohne Diskussionen über die Kreisumlage: Beim gestrigen Kreistag in Weingarten stand die Finanzierungshilfe der Städte und Gemeinden für den Landkreis wieder bei allen Fraktionsrednern auf dem Zettel. Für eine Erhöhung der Umlage um einen Prozentpunkt von 27,5 auf 28,5 zu erhöhen.

Das Argument dafür: Schuldentilgung und die Chance, so Rücklagen zu bilden. Rund 100 Millionen Euro Schulden wird der Landkreis 2013 haben – so viel wie noch nie. Bei SPD, Freien Wählern und CDU stieß der Vorstoß auf wenig Gegenliebe. Deren Argument dagegen: Trotz gleich bleibenden Umlagesatzes seien die Einnahmen dennoch für den Landkreis um rund 7,4 Millionen Euro gestiegen. Zudem werde ein Überschuss von 2,3 Millionen Euro erwirtschaftet.

Schlussendlich blieb alles wie geplant. Der Haushalt wurde verabschiedet mit einem Gesamtvolumen von rund 324 Millionen Euro und einer Kreisumlage von 27,5 Punkten, die rund 120 Millionen Euro in die Kreiskasse bringt. Der Antrag von Grünen und FDP wurde mehrheitlich abgelehnt, der Haushalt mit drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen. Größter Posten für den Kreis – mit steigender Tendenz – ist der Sozialetat. Er beläuft sich auf rund 148 Millionen Euro. Eingliederungshilfe und Jugendhilfe werden damit unter anderem finanziert. Für Investitionen stehen dem Landkreis für dieses Jahr rund 19 Millionen Euro zur Verfügung. Nicole Jannarelli